
Presseinformation Nr. 1343

21. November 2007

LEIBRECHT:
Situation in Birma muss weiter genau beobachtet werden

BERLIN. Zur erstmaligen Verurteilung der Niederschlagung der friedlichen Proteste in Birma durch die UN erklärt der Südostasien-Experte und Sprecher für Angelegenheiten der Vereinten Nationen der FDP-Bundestagsfraktion Harald LEIBRECHT:

Dass die UN gestern letztendlich eine Erklärung verabschieden konnten, die erstmals die brutale Niederschlagung der friedlichen Demokratiebewegung in Birma vor wenigen Wochen verurteilt, war überfällig. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erklärung des UN-Menschenrechtsausschusses auch Wirkung zeigt.

Die Meldungen vom Gipfeltreffen der ASEAN Staaten (Association of South East Asian Nations) geben allerdings wenig Anlass zur Hoffnung, dass die asiatischen Nachbarn alles versuchen werden, um ihren Einfluss auf das Militärregime in Naypyidaw geltend zu machen. In der Eröffnungserklärung des ASEAN Gipfels zum 40. Jahrestag der Gründung der ASEAN Staatengemeinschaft wurden die Vorkommnisse in Birma als „innere Angelegenheit“ bezeichnet, zu deren Handhabung Birma voll und ganz in der Lage sei. Darüber hinaus ist die Ausladung des UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari vom ASEAN Gipfel, die auf Drängen Birmas zustande kam, mehr als eine Enttäuschung.

Augenzeugen zufolge ist es momentan weiterhin extrem gefährlich, mit Menschen und Mönchen vor Ort zu reden. Die Militärpräsenz ist extrem hoch und Gespräche mit Ausländern bergen für Aktivisten der Demokratiebewegung ein hohes persönliches Risiko. Wenn der Bundesregierung ernsthaft an einer Verbesserung der Lage in Birma gelegen ist, muss sie weiter versuchen die asiatischen Partner zu Kooperation und Geschlossenheit gegenüber der Junta in Birma zu bewegen. Die Situation vor Ort muss weiter genau beobachtet werden, denn positive Zeichen aus Birma gibt es derzeit kaum.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

